

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Information

Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung

Stand: Mai 2017
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Standort wettbewerbsfähig halten - Einheitsversicherung verhindern

Regelmäßig vor wichtigen Wahlen werden von einigen Seiten alte Pläne zu einer Vereinheitlichung des Systems unserer Krankenversicherung aufgewärmt. Unter dem euphemistischen Titel „Bürgerversicherung“ wird den Menschen viel versprochen. Dass der Schritt in eine staatlich rationierte Einheitsmedizin der Beginn einer Abwärtsspirale in Sachen Qualität und Quantität wäre, wird freilich gerne verschwiegen.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. will zeigen, was die Hinwendung zu einer Bürgerversicherung wirklich bedeuten würde. Die vorliegende Untersuchung und der Online-Rechner www.buergerversicherungsRechner.de quantifizieren deshalb unter anderem anhand von zahlreichen Unternehmensbeispielen die Effekte einer Einheitsversicherung auf die Lohnzusatzkosten. Dabei wird schnell klar, dass die stabilisierende Wirkung der Privaten Krankenkasse und damit der Systemwettbewerb zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenkasse im Interesse derer stehen, denen Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland am Herzen liegen. Eine Bürgerversicherung ist daher strikt abzulehnen.

Bertram Brossardt
17. Mai 2017

Inhalt

1	Einführung.....	1
2	Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung	3
2.1	Absolute und prozentuale Belastungsanalyse.....	3
2.2	Beispiele aus der Wirtschaft.....	5
2.2.1	Bäckereibetrieb im Familienbesitz in Thüringen	5
2.2.2	Autowerkstatt mit Autohaus in Rheinland-Pfalz.....	7
2.2.3	Getränkemarkenhersteller mit Sitz in Baden-Württemberg.....	9
2.2.4	Krankenhaus in Bayern.....	11
2.2.5	Hersteller von medizinischen Spezial-Textilien	14
2.2.6	Unternehmen aus der Nahrungsmittelindustrie mit Sitz in Bayern.....	16
2.2.7	Versicherungsunternehmen mit Sitz in Westdeutschland.....	17
2.2.8	Produktionsstätte in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie	19
2.2.9	Software-Unternehmen aus dem Mittelstand mit Sitz in Bayern	21
2.2.10	Entwicklungsbereich eines deutschen Herstellers in der Metall- und Elektroindustrie	23
2.2.11	Unternehmen der Papierindustrie	25
2.2.12	Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen	27
2.2.13	Medizinisches Versorgungszentrum der ärztlichen und fachärztlichen Grundversorgung	29
2.2.14	Hersteller von Medizintechnik	30
2.3	Beispiele aus der Wirtschaft im Überblick	33
3	Fazit und Zusammenfassung.....	35
	Ansprechpartner	37
	Impressum.....	37

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

1 Einführung

Die Bürgerversicherung als neues Instrument für eine Lohnsteuer

„Bürgerversicherung“ oder „paritätische Bürgerversicherung“ nennen SPD, Grüne und die LINKE ihre Reformkonzepte zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Die Parteien sprechen sich darin für die zeitnahe Abschaffung des Zwei-Säulen-Systems aus Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung und für die Einführung einer Einheitsversicherung aus. In dieses integrierte Krankenversicherungssystem sollen zeitnah alle Versicherten einbezogen werden, auch diejenigen, die heute nach geltendem Recht von der Versicherungspflicht in der Gesetzlichen Krankenversicherung befreit sind.

Im Bürgerversicherungs-Modell der SPD und der Grünen gilt der Grundsatz der Beitragssatzparität. Das bedeutet, dass der im Jahr 2017 im Durchschnitt gültige Beitragssatz zur Krankenversicherung in Höhe von 15,7 Prozent ab sofort je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen wird. Damit erhöht sich der Beitragssatz für die Arbeitgeber von heute 7,3 Prozent auf 7,85 Prozent. Zusätzlich soll nach Plänen der SPD und der Grünen die Beitragsbemessungsgrenze von heute (2017: 52.200 Euro) auf das Niveau der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (West) in Höhe von 76.200 Euro angehoben werden. Das entspricht einem Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze um fast 46 Prozent.¹

Auch im Bürgerversicherungs-Modell der LINKEN gilt der Grundsatz der Beitragssatzparität. Der im Jahr 2017 im Durchschnitt gültige Beitragssatz zur Krankenversicherung in Höhe von 15,7 Prozent würde ab sofort je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen werden. Damit erhöht sich der Beitragssatz für die Arbeitgeber von heute 7,3 Prozent auf 7,85 Prozent. Zusätzlich soll nach Plänen der LINKEN die Beitragsbemessungsgrenze von heute (2017: 52.200 Euro) abgeschafft werden. Künftig sind damit Lohnzusatzkosten unbegrenzt auf die gesamte Lohnsumme fällig.²

Die im Zuge der Bürgerversicherung geplante Erhöhung oder Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze führt – anders als von SPD, Grüne und Linken häufig in Aussicht gestellt – zu keinen Beitragssatzsenkungen. Warum? Zunächst einmal sind neue Versicherte auch neue Leistungsempfänger. Gleichzeitig sind neue Versicherte häufig keine neuen Beitragszahler. Dieser Tatbestand wird von SPD, Grüne und Linke systematisch ignoriert, wenn Beitragssatzsenkungen durch vermeintlich einkommensstarke Neuversicherte in Aussicht gestellt werden. Vor allem mit Blick auf den demografischen

¹ u.a. Forderung der Bundestagsfraktion der Grünen, 26.09.2016; Forderung des Stellv. SPD-Vorsitzenden R. Stegner, 11/2016; Forderung der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion H. Mattheis, 11/2016

² u.a. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017

Wandel führen die neuen Leistungsempfänger aus der dann abgeschafften PKV zu überproportionalen Kostensteigerungen in der ausschließlich umlagefinanzierten (demografieanfälligen) Bürgerversicherung. Diese demografiebedingte „Kostenlawine“ blenden SPD, Grüne und Linke bewusst aus, wenn stichtagsbezogene Entlastungswirkungen versprochen werden, ohne die Kostentreiber „Baby-Boomer“ zum Beispiel in den nächsten fünf Jahren in den Blick zu nehmen. Das wiegt umso schwerer, als es sich bei den Versicherten der PKV um eine sehr heterogene – keinesfalls durchgehend einkommensstarke – Gruppe mit zahlreichen in der GKV beitragsfreien Kindern und Familienangehörigen handelt.

Darüber hinaus ist es unter anderem anerkannte SPD-Position, dass die Bürgerversicherung einschließlich einheitlicher Gebührenordnungen für die Leistungserbringer dem Gesundheitssystem insgesamt keine finanziellen Mittel entziehen darf³. Unter anderem soll das Gesamthonorar der Leistungserbringer aus GKV, PKV, Selbstzahlern und Beihilfe vollständig erhalten bleiben. Das heißt, dass der heutige Mehrumsatz der Privatpatienten in Höhe von 12,5 Milliarden Euro⁴, der nur deshalb entsteht, weil zehn Prozent der Menschen in Deutschland privat und nicht gesetzlich versichert sind, in der Bürgerversicherung von den Ex-Privatversicherten nur noch zu zehn Prozent und von den heute schon GKV-Versicherten zu 90 Prozent getragen werden müsste. Im Ergebnis würden die heute schon gesetzlich Versicherten mit rund 11,2 Milliarden Euro belastet. Lediglich 1,3 Milliarden Euro würden wie bisher aus der Quelle der dann ehemals Privatversicherten kommen. Für GKV-Versicherte entspräche das einer Zusatzbelastung von 0,96 Beitragssatzpunkten. Ohne Erhöhung oder Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze müsste der Beitragssatz dementsprechend von heute von 15,7 Prozent auf dann fast 16,7 Prozent steigen.

Schon um diesen Anstieg des GKV-Beitragssatzes zu vermeiden bedarf es in einer Bürgerversicherung mindestens einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Darüber hinaus sprechen auch andere Aspekte für diesen Schritt: die von SPD, Grüne und Linke geforderten neuen Versicherungsleistungen (z. B. Zahnersatz und Brillen), die Leistungsansprüche der neuen Versicherten und die Beitragsfreiheit von neuen Kindern und Familienangehörigen in der GKV. Nur so ließe sich der Beitragssatz von heute stabilisieren. Von den Parteien versprochene Beitragssatzsenkungen durch erhöhte Beitragsbemessungsgrenzen sind mit Blick auf diese Realitäten vollständig unrealistisch.

³ u.a. Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender K. Lauterbach, 23.2.2017; C. Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit Hamburg, 2.3.2017

⁴ Wissenschaftliches Institut der PKV 2016

2 Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung

Die Auswirkungen – Allgemeines und Beispiele

2.1 Absolute und prozentuale Belastungsanalyse

Die Pläne für eine Bürgerversicherung hätten für die Unternehmen als Arbeitgeber weitreichende Folgen. Dies gilt bereits für die ersten Schritte. Nach Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) belastet die Rückkehr zur „vollständig paritätischen“ Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) die Arbeitgeber unmittelbar mit rund sechs Milliarden Euro. Würde dazu noch die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Gesetzlichen Rentenversicherung angehoben, droht die Zusatzbelastung sogar auf rund 12,5 Milliarden Euro anzusteigen – Anpassungsreaktionen auf dem Arbeitsmarkt noch nicht eingerechnet.⁵

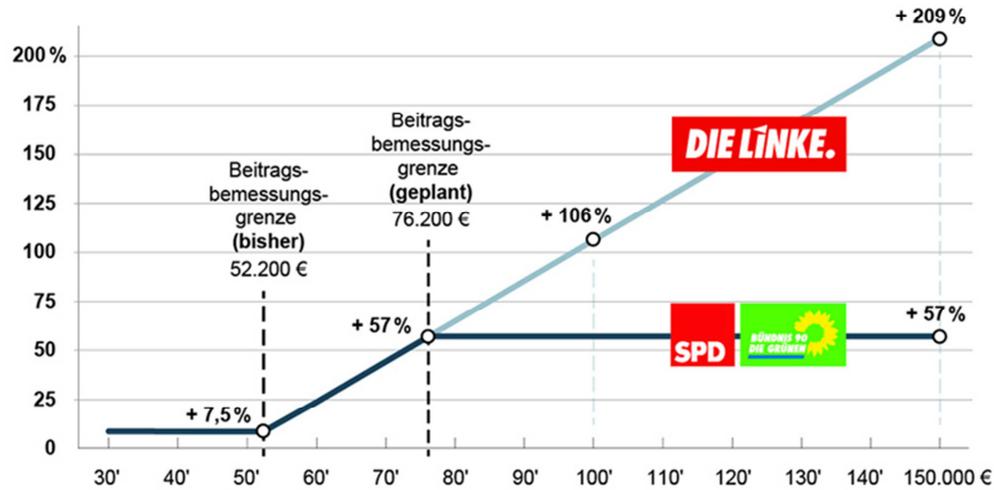
Blickt man auf die einzelnen Unternehmen gilt es festzustellen, dass die Pläne zur Bürgerversicherung unabhängig von den jeweiligen Lohn- und Gehaltsstrukturen alle Arbeitgeber belastet, kein Unternehmen wird entlastet. Konkret heißt das: Bei Arbeitnehmerinkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze in Höhe von aktuell 52.200 Euro (2017) wirkt sich für die Arbeitgeber ausschließlich die Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von heute 7,3 Prozent auf 7,85 Prozent aus. Die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber steigen in diesen Einkommensbereichen immer um 7,5 Prozent. Bei höheren Einkommen oberhalb von 52.200 Euro wird eine zusätzliche Hebelwirkung durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Gesetzlichen Rentenversicherung (2017: 76.200 Euro) beziehungsweise durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze erzielt. Infolgedessen steigen in der Bürgerversicherung die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber für Versicherte mit einem Einkommen zwischen 52.200 Euro und 76.200 Euro um bis zu 57 Prozent. Das entspricht einem absoluten Anstieg von jährlich 2.171 Euro je Arbeitnehmer. Über dieses Niveau hinaus wachsen die Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung der LINKEN. Bei Einkommen oberhalb von 76.200 Euro entspricht die Bürgerversicherung einer Lohnsummensteuer. Die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber steigen ungebremst und „ungedeckelt“.

⁵ IW 2017, erscheint in Kürze

Abbildung 1

Anstieg der Lohnzusatzkosten in einer Bürgerversicherung in Prozent

Zusatzbelastung der Arbeitgeber (in Prozent) gestaffelt nach Bruttojahreseinkommen
in den geplanten Entwürfen der LINKEN bzw. der SPD und GRÜNEN

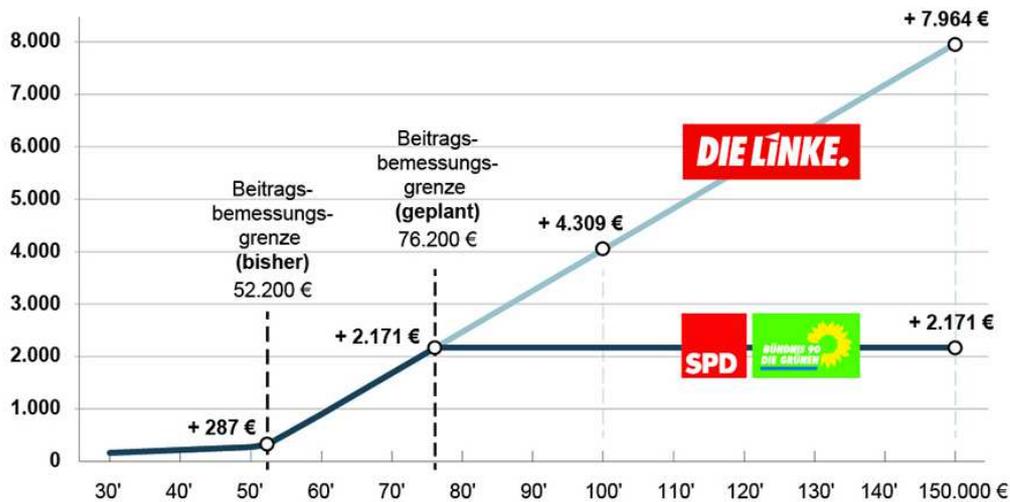


Quelle: PKV Bundesverband

Abbildung 2

Anstieg der Lohnzusatzkosten in einer Bürgerversicherung in Euro

Zusatzbelastung der Arbeitgeber (in Euro) gestaffelt nach Bruttojahreseinkommen
in den geplanten Entwürfen der LINKEN bzw. der SPD und GRÜNEN



Quelle: PKV Bundesverband

Unterm Strich werden alle Unternehmen und Branchen ohne Ausnahme von der Bürgerversicherung belastet. Besonders betroffen vom Anstieg der Lohnzusatzkosten sind Wirtschaftszweige, die relativ häufig hochqualifizierte Fachkräfte beschäftigen. Dazu gehören zum Beispiel die Branche der Energieversorgung, der Finanzdienstleistungen, der Information und Kommunikation, des Verarbeitenden Gewerbes sowie alle wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Die Durchschnittsverdienste dieser Branchen liegen allesamt über der alten beziehungsweise neuen Beitragsbemessungsgrenze.

2.2 Beispiele aus der Wirtschaft

Die folgenden real existierenden Unternehmensbeispiele sind dem Online-Rechner www.buergerversicherungsRechner.de entnommen. Sie erläutern die Auswirkungen der Bürgerversicherung auf die Lohnzusatzkosten der Unternehmen.

Die Lohnzusatzkosten – auch Lohnnebenkosten oder Personalnebenkosten – fallen für das Unternehmen zusätzlich zum Leistungsentgelt an. Die Lohnzusatzkosten umfassen unter anderem den Arbeitgeberanteil der Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Mit Bezug auf die gesetzliche Krankenversicherung liegen die Lohnzusatzkosten bis zur jährlichen Beitragsbemessungsgrenze von 52.200 Euro (2017) bei 7,3 Prozent auf Lohn und Gehalt. Bei der sogenannten geringfügigen Beschäftigung („450 Euro-Job“) und in der sogenannten Gleitzone zwischen 450 Euro und 850 Euro gelten andere Beiträge beziehungsweise Beitragssätze. Aus Gründen der Vereinfachung werden 450 Euro-Jobs und Einkommen in der sogenannten Gleitzone im BuergerversicherungsRechner nicht berücksichtigt.

2.2.1 Bäckereibetrieb im Familienbesitz in Thüringen

Die SPD hat den Anspruch, das Handwerk und Branchen mit einer relativ niedrigen Gehaltsstruktur zu vertreten. Trotzdem ist die Bäckerei im Familienbetrieb in Thüringen vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten steigen sowohl in der rot-grünen Bürgerversicherung als auch im Konzept der LINKEN um 7,5 Prozent.

Tabelle 1

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Thüringen
Branche	Bäckerei & Konditorei
Schwerpunkt	Bäckerei im Familienbetrieb
Zahl der Beschäftigten	19 (davon 2 Lehrlinge)
Durchschnittseinkommen	25.791 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 20.000 Euro	8 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 20.000 Euro und 40.000 Euro	11 Angestellte

Tabelle 2

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	490.037 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	35.773 Euro

Tabelle 3

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	490.037 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	38.468 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 7,5 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 2.695 Euro

Tabelle 4

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	490.037 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	38.468 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 7,5 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 2.695 Euro

2.2.2 Autowerkstatt mit Autohaus in Rheinland-Pfalz

Die SPD hat den Anspruch, das Handwerk und Branchen mit einer relativ niedrigen Gehaltsstruktur zu vertreten. Trotzdem ist die Autowerkstatt mit Autohaus und mehreren Betriebsstätten in Rheinland-Pfalz vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Obwohl im Unternehmen „nur“ ein Durchschnittsgehalt von knapp über 30.000 Euro bezahlt wird, liegt der Anstieg der Lohnzusatzkosten bei über zehn Prozent.

Tabelle 5

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Rheinland-Pfalz
Branche	Autowerkstatt & Autohaus
Schwerpunkt	Vertragswerkstatt
Zahl der Beschäftigten	38
Durchschnittseinkommen mit Geschäftsführer	32.150 Euro
Durchschnittseinkommen ohne Geschäftsführer	30.668 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 30.000 Euro	25 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 30.000 Euro und 50.000 Euro	11 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 50.000 Euro	2 Angestellte

Tabelle 6

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	1.186.916 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	86.645 Euro

Tabelle 7

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	1.221.700 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	95.903 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 10,7 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 9.258 Euro

Tabelle 8

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	1.221.700 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	95.903 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 10,7 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 9.258 Euro

2.2.3 Getränkemarkenhersteller mit Sitz in Baden-Württemberg

Der mittelständische Getränkemarkenhersteller mit Sitz in Baden-Württemberg ist vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen, obwohl im Unternehmen ein relativ niedriges Durchschnittsgehalt vorherrscht. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der rot-grünen Krankenversicherung steigen um 9,9 Prozent beziehungsweise

um 15,0 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für diesen Mittelständler mit 239 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von über 60.000 Euro.

Tabelle 9

Allgemeine Angaben

Sitz des Mittelständlers	Baden-Württemberg
Branche	Nahrungsmittel
Schwerpunkt	Handelsmarkenhersteller Getränke
Zahl der Beschäftigten	239
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	39.549 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 45.000 Euro	211 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 45.000 Euro und 90.000 Euro	25 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 90.000 Euro	3 Angestellte

Tabelle 10

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	8.389.491 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	612.433 Euro

Tabelle 11

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	8.572.008 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	672.903 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 9,9 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 60.470 Euro

Tabelle 12

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	8.969.888 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	704.136 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 15,0 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 91.703 Euro

2.2.4 Krankenhaus in Bayern

Das real existierende Krankenhaus in Bayern (450 Betten) ist vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 12,2 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 20 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für die-

ses eine Krankenhaus einer jährlichen Zusatzbelastung von fast 309.000 Euro. Rechnerisch ließen sich damit rund 7,2 nicht ärztliche Beschäftigte wie zum Beispiel Pfleger zum hier angegebenen Durchschnittseinkommen von 42.693 Euro einstellen. Umgekehrt formuliert: Im hier betrachteten bayerischen Krankenhaus ständen 7,2 durchschnittliche (nicht ärztliche) Arbeitsplätze zur Diskussion.

Tabelle 13

Allgemeine Angaben

Sitz des Krankenhauses	Bayern
Branche	Gesundheitswirtschaft
Angebot	stationäre Gesundheitsversorgung mit 450 Betten
Zahl der Beschäftigten	779 Angestellte (mit Ausbildungsstätten)
Durchschnittseinkommen im Krankenhaus	50.367 Euro, darunter Ärztlicher Dienst: 84.456 Euro Nicht Ärztlicher Dienst: 42.693 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen bis 37.500 Euro	436 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 37.500 Euro und 75.000 Euro	198 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 75.000 Euro	145 Angestellte

Tabelle 14

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro

Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	34.569.400 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	2.523.566 Euro

Tabelle 15

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	36.080.000 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	2.832.280 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 12,2 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 308.714 Euro

Tabelle 16

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	38.561.147 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	3.027.050 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 20,0 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 503.484 Euro

2.2.5 Hersteller von medizinischen Spezial-Textilien

Der real existierende Mittelständler für medizinische Spezial-Textilien ist vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 14,6 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 22,4 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses eine Beispielsunternehmen mit 640 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von fast 246.000 Euro. Rechnerisch ließe sich damit sechs weitere Mitarbeiter zum Durchschnittseinkommen im Unternehmen einstellen.

Tabelle 17

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Süddeutschland
Branche	Textilbranche
Angebot	Medizinische Spezial-Textilien
Zahl der Beschäftigten	640
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	40.994 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 40.000 Euro	499 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 40.000 Euro und 80.000 Euro	101 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 80.000 Euro	40 Angestellte

Tabelle 18

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	23.122.398 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung	1.687.935 Euro

(Lohnzusatzkosten)

Tabelle 19

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	24.633.649 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	1.933.741 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 14,6 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 245.806 Euro

Tabelle 20

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	26.318.345 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	2.065.990 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 22,4 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 378.055 Euro

2.2.6 Unternehmen aus der Nahrungsmittelindustrie mit Sitz in Bayern

Das Unternehmen aus der Nahrungsmittelindustrie mit Sitz in Bayern ist vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen, obwohl im Unternehmen ein relativ niedriges Durchschnittsgehalt vorherrscht. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der rot-grünen Krankenversicherung steigen um 21,4 Prozent beziehungsweise um 31,4 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses Unternehmen aus der Nahrungsmittelindustrie mit 450 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von fast 209.000 Euro.

Tabelle 21

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Bayern
Branche	Nahrungsmittel
Schwerpunkt	Fleischverarbeitung (Markenhersteller)
Zahl der Beschäftigten	450
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	38.446 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 45.000 Euro	342 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 45.000 Euro und 90.000 Euro	85 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 90.000 Euro	23 Angestellte

Tabelle 22

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	13.353.373 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	974.796 Euro

Tabelle 23

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	15.080.156 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	1.183.792 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 21,4 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 208.996 Euro

Tabelle 24

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	16.321.955 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	1.281.273 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 31,4 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 306.477 Euro

2.2.7 Versicherungsunternehmen mit Sitz in Westdeutschland

Das real existierende Versicherungsunternehmen aus Westdeutschland ist massiv vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 17,5 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 26,2 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses eine Beispielsunternehmen einer jährlichen Zusatzbelastung von 1,1 Millionen Euro.

Tabelle 25

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Nordrhein-Westfalen
Branche	Versicherungswirtschaft
Angebot	Altersvorsorge, Unfallversicherung, Sachversicherung, Krankenversicherung
Zahl der Beschäftigten	2.187 Angestellte (mit Azubis)
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	49.843 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 45.107 Euro	1.225 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkom- men zwischen 45.107 Euro und 90.000 Euro	836
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 90.000 Euro	126 Angestellte

Tabelle 26

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	88.084.858 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	6.430.195 Euro

Tabelle 27

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grün Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	96.266.461 Euro

Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	7.556.917 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 17,5 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 1.126.772 Euro

Tabelle 28

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	103.345.245 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	8.112.602 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 26,2 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 1.682.407 Euro

2.2.8 Produktionsstätte in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie

Die real existierende Produktionsstätte eines Herstellers in der deutschen Automotive-Industrie ist massiv vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 28,8 Prozent (rot-grün) beziehungsweise 37,7 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für diese eine Produktionsstätte mit 6.938 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von 7,5 Millionen Euro. Rechnerisch ließen sich damit rund 113 weitere Mitarbeiter zum in der Produktionsstätte existierenden Durchschnittseinkommen einstellen. Oder umgekehrt formuliert: In der Produktionsstätte wären 113 durchschnittliche Arbeitsplätze bedroht.

Tabelle 29

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Deutschland
Branche	Automotive-Industrie
Angebot	Produktion von Teilen für den Automotive-Bereich

Zahl der Beschäftigten	6.938
Durchschnittseinkommen in der Produktionsstätte	66.265 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 50.000 Euro	1.022 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 50.000 Euro und 100.000 Euro	5.615 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 100.000 Euro	301 Angestellte

Tabelle 30

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	356.952.210 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	26.057.511 Euro

Tabelle 31

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	427.485.085 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	33.557.579 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 28,8 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 7.500.068 Euro

Tabelle 32

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	457.244.800 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	35.893.717 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 37,7 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 9.836.206 Euro

2.2.9 Software-Unternehmen aus dem Mittelstand mit Sitz in Bayern

Das real existierende mittelständische Software-Unternehmen aus Bayern ist massiv vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 34,6 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 81 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses eine Beispielsunternehmen mit lediglich 34 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von 36.102 Euro. Rechnerisch ließe sich damit ein weiterer Mitarbeiter (in Teilzeit) einstellen.

Tabelle 33

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Bayern
Branche	Software
Angebot	Software-Lösungen zur Datenverarbeitung
Zahl der Beschäftigten	34
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	81.285 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 50.000 Euro	10 Angestellte

Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 50.000 Euro und 100.000 Euro	20 Angestellte
---	----------------

Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 100.000 Euro	4 Angestellte
--	---------------

Tabelle 34

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	1.429.848 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	104.379 Euro

Tabelle 35

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	1.789.565 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	140.481 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 34,6 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 36.102 Euro

Tabelle 36

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung

Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	2.407.100 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	188.957 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 81,0 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 84.578 Euro

2.2.10 Entwicklungsbereich eines deutschen Herstellers in der Metall- und Elektroindustrie

Der real existierende Entwicklungsbereich eines deutschen Herstellers in der Metall- und Elektroindustrie ist massiv vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der rot-grünen Krankenversicherung steigen um 52,6 Prozent beziehungsweise um 105,5 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses Entwicklungszentrum mit 8.942 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von fast 18 Millionen Euro. Rechnerisch ließen sich damit rund 190 weitere Mitarbeiter zum in dem Unternehmensbereich existierenden Durchschnittseinkommen einstellen. Oder umgekehrt formuliert: In der Forschung & Entwicklung wären 190 Durchschnittsarbeitsplätze bedroht.

Die Pläne zur Bürgerversicherung richten sich damit insbesondere gegen innovative Branchen. Die Metall- und Elektroindustrie gehört mit einer gut qualifizierten Belegschaft dazu. Entsprechend hoch sind dort die Durchschnittsgehälter. Das gilt natürlich insbesondere für große Forschungs- und Entwicklungsbereiche. Die Metall- und Elektroindustrie muss für die Bürgerversicherung deshalb sehr tief in die Tasche greifen.

Tabelle 37

Allgemeine Angaben

Sitz des Forschungs- und Entwicklungszentrums	Deutschland
Branche	Metall- und Elektroindustrie
Schwerpunkt	Forschung & Entwicklung
Zahl der Beschäftigten	8.942
Durchschnittseinkommen in der Produktionsstätte	98.245 Euro (inklusive Sonderzahlungen)

Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 50.000 Euro	170 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 50.000 Euro und 100.000 Euro	5.523 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 100.000 Euro	3.249 Angestellte

Tabelle 38

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	467.879.541 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	34.155.206 Euro

Tabelle 39

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	894.017.416 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	70.180.367 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 105,5 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 36.025.161 Euro

Tabelle 40

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	663.908.536 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	52.116.820 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 52,6 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 17.961.614 Euro

2.2.11 Unternehmen der Papierindustrie

Der real existierende Hersteller von Papier und Karton ist vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 16,6 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 22,8 Prozent (LINKE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses eine Beispielsunternehmen mit 450 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von fast 238.000 Euro. Rechnerisch ließe sich damit fünf weitere Mitarbeiter zum Durchschnittseinkommen im Unternehmen einstellen.

Tabelle 41

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Norddeutschland
Branche	Papierindustrie
Angebot	Produktion Papiere und Kartons
Zahl der Beschäftigten	450
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	48.244 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 45.000 Euro	290 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 45.000 Euro und 80.000 Euro	135 Angestellte

Zahl der Mitarbeiter
mit einem Einkommen > 80.000 Euro

25 Angestellte

Tabelle 42

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	19.609.428 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	1.431.488 Euro

Tabelle 43

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	21.264.323 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	1.669.249 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 16,6 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 237.761 Euro

Tabelle 44

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	22.396.000 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	1.758.086 Euro

Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent) + 22,8 Prozent

Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro) + 326.598 Euro

2.2.12 Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen

Der real existierende Pharmazie-Hersteller ist vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 19,2 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 28,2 Prozent (LIN-KE). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses eine Beispielsunternehmen mit 1.530 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von fast 940.000 Euro. Rechnerisch ließe sich damit 17 weitere Mitarbeiter zum Durchschnittseinkommen im Unternehmen einstellen.

Tabelle 45

Allgemeine Angaben

Sitz des Unternehmens	Baden-Württemberg
Branche	Pharmazie
Angebot	pharmazeutische Erzeugnisse
Zahl der Beschäftigten	1.530
Durchschnittseinkommen im Unternehmen	54.605 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 50.000 Euro	1.010 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 50.000 Euro und 90.000 Euro	408 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 90.000 Euro	112 Angestellte

Tabelle 46

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	66.933.163 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	4.886.121 Euro

Tabelle 47

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	74.215.437 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	5.825.912 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 19,2 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 939.791 Euro

Tabelle 48

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	79.819.100 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	6.265.799 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 28,2 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 1.379.678 Euro

2.2.13 Medizinisches Versorgungszentrum der ärztlichen und fachärztlichen Grundversorgung

Das real existierende Medizinische Versorgungszentrum in Hamburg ist deutlich vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 23,7 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 44,5 Prozent (Linke). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses Medizinische Versorgungszentrum mit 25 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von 13.350 Euro. Ein Betrag, der unter Umständen fehlt, um in medizinisches Fachpersonal, fortschrittliche Behandlungsmethoden oder in eine moderne Praxisinfrastruktur zu investieren. Rechnerisch ließe sich zum Beispiel mit diesem Betrag in diesem Medizinischen Versorgungszentrum eine weitere Praxis-Assistentin (in Teilzeit) beschäftigen.

Tabelle 49

Allgemeine Angaben

Sitz des Medizinischen Versorgungszentrums	Hamburg
Branche	Gesundheitsversorgung
Schwerpunkt	ambulante Grundversorgung
Zahl der Beschäftigten	25 (angestellte Ärzte und medizinische Fachangestellte)
Durchschnittseinkommen im MVZ	41.750 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 30.000 Euro	12 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 30.000 Euro und 60.000 Euro	8 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 60.000 Euro	5 Angestellte

Tabelle 50

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	770.420 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	56.241 Euro

Tabelle 51

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	886.500 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	69.590 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 23,7 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 13.349 Euro

Tabelle 52

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	1.035.400 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	81.279 Euro
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 44,5 Prozent
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 25.038 Euro

2.2.14 Hersteller von Medizintechnik

Der real existierende Hersteller von hoch innovativer Medizintechnik ist deutlich vom Anstieg der Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung betroffen. Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 44,2 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 73,3 Prozent (Linke). Das entspricht im Fall der rot-grünen Bürgerversicherung nur für dieses Unternehmen mit 48 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von über 78.000 Euro. Rechnerisch ließe sich zum Beispiel mit diesem Betrag ein weiterer Arbeitnehmer zum Durchschnittseinkommen beschäftigen.

Tabelle 53

Allgemeine Angaben

Sitz des Medizinischen Versorgungszentrums	NRW
Branche	Medizintechnik
Schwerpunkt	u.a. Medizintechnik für Wirbelsäulenchirurgie
Zahl der Beschäftigten	48
Durchschnittseinkommen im MVZ	84.781 Euro
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen < 50.000 Euro	10 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen zwischen 50.000 Euro und 90.000 Euro	31 Angestellte
Zahl der Mitarbeiter mit einem Einkommen > 90.000 Euro	7 Angestellte

Tabelle 54

Lohnzusatzkosten des Unternehmens für die Krankenversicherung im Jahr 2017

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,3 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	52.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Einkommen im Unternehmen	2.425.915 Euro
Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	177.092 Euro

Tabelle 55

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der rot-grünen Bürgerversicherung

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
GKV-Beitragsbemessungsgrenze	76.200 Euro
Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	3.252.787 Euro

Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	255.344 Euro
---	--------------

Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 44,2 Prozent
---	-----------------------

Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 78.252 Euro
--	----------------------

Tabelle 56

Lohnzusatzkosten des Unternehmens in der Bürgerversicherung der LINKEN

GKV-Beitragssatz der Arbeitgeber	7,85 Prozent
----------------------------------	--------------

GKV-Beitragsbemessungsgrenze	Abschaffung
------------------------------	-------------

Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im Unternehmen	3.908.825 Euro
--	----------------

Summe der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Lohnzusatzkosten)	306.843 Euro
---	--------------

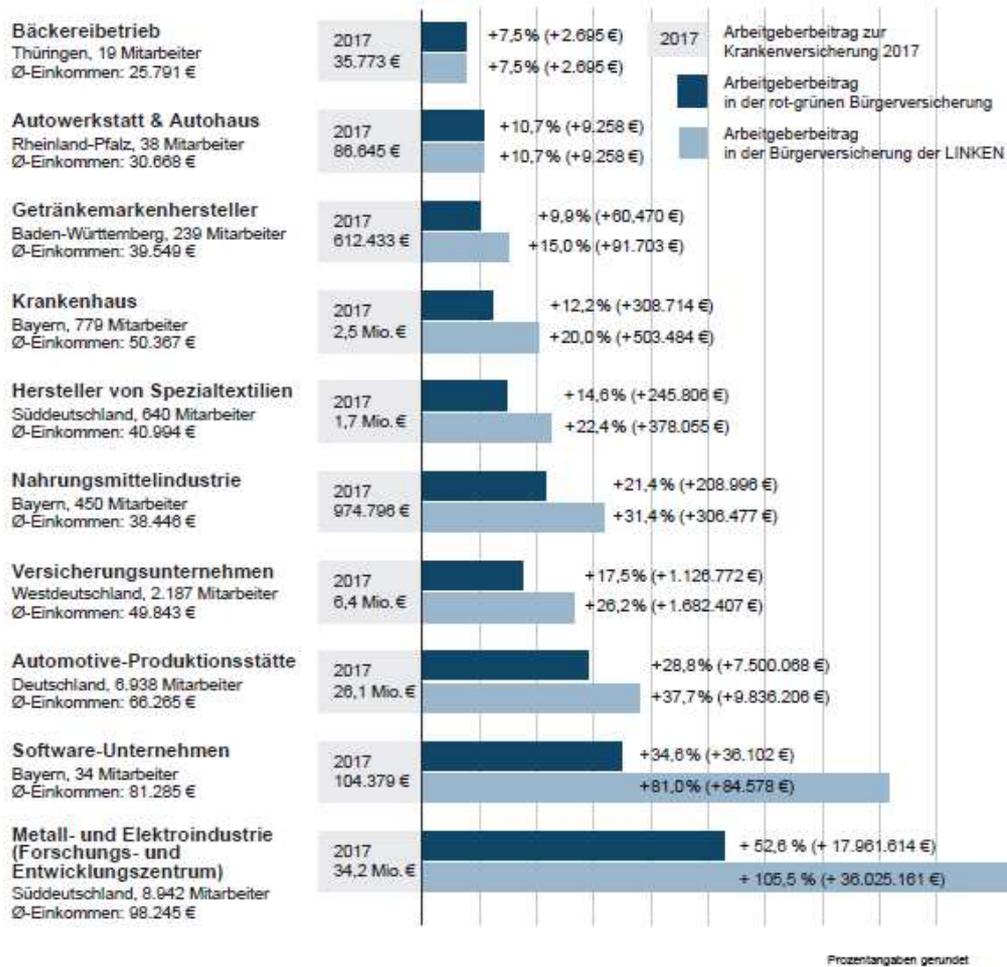
Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Prozent)	+ 73,3 Prozent
---	-----------------------

Veränderung im Vergleich zum Status Quo (in Euro)	+ 129.750 Euro
--	-----------------------

2.3 Beispiele aus der Wirtschaft im Überblick

Abbildung 3

Beispiele aus der Wirtschaft Teil 1



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 4
Beispiele aus der Wirtschaft Teil 2



Quelle: eigene Darstellung

3 Fazit und Zusammenfassung

Die „paritätische Bürgerversicherung“ ist eine Mogelpackung

Im internationalen Standortwettbewerb sind Personalkosten eines der wenigen regional variablen Kostenelemente. Deutschland ist ein Hochlohnstandort. Das führt im weltweiten Wettbewerb zu Nachteilen. Zusammen mit dem ohnehin hohen Lohnniveau bewirken die Lohnzusatzkosten, dass die Unternehmen im Vergleich zu ihren Konkurrenten im Ausland sehr hohe Kosten schultern müssen.

In der Kranken- und Pflegeversicherung hat der Systemwettbewerb zwischen Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und Privater Krankenversicherung (PKV) eine stabilisierende Wirkung auf die Lohnzusatzkosten. Die Doppelstruktur aus GKV und PKV verhindert im Beitragswettbewerb eine Erhöhung oder Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV. Diese Richtungsentscheidung ist – zusammen mit der Abschaffung der PKV und der Rückkehr zur sogenannten „Parität“ – Kern der Pläne von SPD, Grüne und LINKE für die Bürgerversicherung.

Die sogenannte „paritätische Bürgerversicherung“ hätte für die Arbeitgeber weitreichende Folgen. Die vorliegende Untersuchung und der Online-Rechner www.buergerversicherungsRechner.de quantifizieren unter anderem anhand von zahlreichen Unternehmensbeispielen die Effekte der Bürgerversicherung auf die Lohnzusatzkosten. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) quantifiziert die zusätzlichen Belastungen der Arbeitgeber durch die Bürgerversicherung (kurzfristig) auf insgesamt rund 12,5 Milliarden Euro jährlich. Davon entfallen ungefähr die Hälfte (ca. sechs Milliarden Euro) auf die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze.⁶
- Blickt man auf die einzelnen Unternehmen gilt es festzustellen, dass in der rot-grünen Bürgerversicherung die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber – je nach Gehaltsgefüge in den Unternehmen – um bis zu 57 Prozent steigen. Über dieses Niveau hinaus könnten die Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung der LINKEN wachsen. Bei Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze würde die Bürgerversicherung einer Lohnsummensteuer entsprechen. Die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber würden ungebremst und „ungedekelt“ steigen.
- Zahlreiche real existierende Praxisbeispiele illustrieren die Zusatzbelastung der Unternehmen bei Einführung der Bürgerversicherung. So würden in einem Unterneh-

⁶ IW 2017

men aus der Nahrungsmittelindustrie mit Sitz in Bayern – trotz relativ niedriger Durchschnittsgehälter – die Lohnzusatzkosten für die Krankenversicherung der Arbeitnehmer um 21,4 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 31,4 Prozent (LINKE) steigen. Das entspräche nur für dieses Unternehmen aus der Nahrungsmittelindustrie mit 450 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von mindestens 209.000 Euro.

- In einer real existierenden Produktionsstätte eines Herstellers in der deutschen Automotive-Industrie würden die Lohnzusatzkosten für die Krankenversicherung der Arbeitnehmer um 28,8 Prozent (rot-grün) beziehungsweise um 37,7 Prozent (LINKE) steigen. Das entspräche nur für diese eine Produktionsstätte mit 6.938 Angestellten einer jährlichen Zusatzbelastung von mindestens 7,5 Millionen Euro. Rechnerisch ließen sich damit rund 113 weitere Mitarbeiter zum in der Produktionsstätte existierenden Durchschnittseinkommen einstellen. Oder umgekehrt formuliert: In der Produktionsstätte wären 113 durchschnittliche Arbeitsplätze bedroht.

Mit Blick auf die Zahlen aus der Praxis wird schnell klar, dass die stabilisierende Wirkung der PKV und damit der Systemwettbewerb zwischen GKV und PKV im herausragenden Interesse der Arbeitgeber steht. Die Bürgerversicherung ist strikt abzulehnen. Das gilt insbesondere in Zeiten in denen aus demografischen und hausgemacht politischen Gründen die massive Verteuerung der umlagefinanzierten Sozialversicherung vor allem in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) droht. Zumindest in der Kranken- und Pflegeversicherung übernimmt der strukturelle Sonderweg aus GKV/SPV und PKV/PPV für die Arbeitgeber die wichtige Funktion einer Rückversicherung zu Gunsten relativ stabiler Lohnzusatzkosten. Ohne diese Rückversicherung müssten die Arbeitgeber jährliche milliarden schwere Zusatzbelastungen befürchten.

Ansprechpartner

Franz Niedermaier

Abteilung Sozialpolitik

Telefon 089-551 78-224

Telefax 089-551 78-214

franz.niedermaier@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber:

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Mai 2017